

in vielen Bereichen und müssen dringend entwickelt werden. Aber auch der enge Zusammenschluss und gegenseitige Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis ist eine unerlässliche Voraussetzung für erfolgreiche, zielorientierte Forschung für Katastrophenmanagement, die auf der Grundlagenforschung aufbaut. Leider müssen wir feststellen, dass in Deutschland die verschiedenen Gruppen stärker voneinander abgegrenzt sind als es zum Beispiel im angelsächsischen Raum der Fall ist. Vermittler-Organisationen und „Runde Tische“ haben hier eine wichtige Rolle zu spielen.

Das Deutsche Komitee Katastrophenvorsorge (DKKV) sieht es als eine seiner Aufgaben Politik, Wissenschaft und Praxis zusammenzuführen. Die unterschiedlichen zeitlichen Entscheidungshorizonte und verschiedenen Schwerpunkte der drei Gruppen in Übereinstimmung zu bringen, stellt eine ständige Herausforderung dar. Netzwerkarbeit und themenorientierte Veranstaltungen sind wichtige Instrumente, um einen Rahmen für den Austausch zwischen den Akteuren zu schaffen.

Wir stehen in den kommenden Jahren vor großen globalen Herausforderungen. Veränderungen unserer Umwelt und unserer Gesellschaft vollziehen sich mit bisher unbekannter Geschwindigkeit. Effektives Katastrophenmanagement ist ein wichtiges Instrument, um negative Auswirkungen dieses Wandels zu minimieren oder zu verhindern. Der Wissenschaft und Forschung kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Aber alle Akteure aus Wissenschaft, Politik und Praxis müssen zusammenarbeiten, damit wir zu dem Ergebnis kommen können: „Kein Grund zur Panik – aber zur Vorsorge!“

Defizite und Stärken

in

Beiträge der Soziologie zum Erkenntnisgewinn

Prof. Dr. Wolf R. Dombrowsky, Leiter der Katastrophenforschungsstelle an der Christian-Albrechts-Universität Kiel

Schon die Überschrift prahlt: Katastrophenforschung in Deutschland ist keineswegs ein einheitliches Forschungsprogramm, schon gar kein interdisziplinäres, national abgestimmtes. In Wahrheit fehlt ein solches Programm, wohl auch, weil ein Verständnis von nationaler Sicherheit nach Ende des Kalten Krieges fehlt.

Historisch begann die Katastrophenforschung in der Bundesrepublik Deutschland in genau diesem Sinne: Als interdisziplinär angelegtes Forschungsprogramm, mit dem der Bundesinnenminister in Fragen der nationalen Sicherheit beraten werden sollte. Die Flutkatastrophe von 1962 hatte schmerzlich lernen lassen, dass es dem Bevölkerungsschutz der damaligen Zeit an Kompetenz in den Bereichen menschliches Verhalten, Führung, Entscheiden und Kommunikation fehlte, was dazu führte, der 1959 gegründeten interdisziplinären Schutzkommission beim BMI einen weiteren Ausschuss zuzufügen, so dass seit 1971 auch Psychologie, Psychiatrie und Soziologie schutzrelevante Fragestellungen untersuchen.

Die Termini „Katastrophen-Soziologie“ und „Katastrophenforschung“ wurden von Lars Clausen „erfunden“; dass er sie als erster Soziologe in der Schutzkommission wissenschaftlich mit Inhalt füllen konnte, verdankte er dieser Kommission und deren Mut,

massive Defizite abstellen zu wollen. Sehr schnell wurde sichtbar, dass andere Länder seit langem zu diesen Fragen forschten, lehrten und Absolventen erfolgreich in die Praxis entließen. Seit den „Strategie Bombing Surveys“ erforschten die USA alle Formen menschlichen Verhaltens unter extremen Belastungen. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten die daran mitwirkenden Wissenschaftler an die Hochschulen oder in zivile Forschungseinrichtungen zurück und etablierten, was seitdem „Disaster Research“ heißt.

Hazard-Forschung und Risikogesellschaft

Doch während diese Spezialisierung in anderen Ländern (Japan, Australien, Mittel- und Südamerika) sehr schnell rezipiert wurde, nahm man in der Bundesrepublik vor allem aus ideologischen Gründen davon keine Notiz: Katastrophenschutz schien zu nahe an Zivilschutz und damit an Krieg zu liegen, als dass man sich

der Katastrophenforschung Deutschland

und zur Problemlösung

Foto: ■

damit befassen wollte. Von daher rezipierte man Unfall- und Arbeitsschutzforschung, Sicherheits- und Risikoforschung und in den Geowissenschaften vor allem Hazard-Forschung, nichtaberglächerübergreifende Methoden und Paradigmen. Auch die Versuche der Kieler Katastrophenforschung, Katastrophen-Soziologie im Fach, bei Soziologentagen, zu etablieren, scheiterten an mangelndem Interesse. Erst Ulrich Becks „Risikogesellschaft“ veränderte die Interessenlage.

Nun wäre es idealistisch, annehmen zu wollen, ein Buch verändere gesellschaftliche Rezeptionsbedingungen. Zutreffender ist vielmehr, dass sich Wahrnehmungen ändern, sobald sich gesellschaftliche Problemlagen ändern. Eine lange Reihe massiver Großschadenslagen und Katastrophen (Minamata, Seveso, Bophal, TMI, Tschernobyl) hatte dazu geführt, dass den Menschen ihre eigene technische Moderne riskant erschien - und zwar nunmehr aus exakt der Richtung, die ihnen bisher immer als Lösung ihrer Probleme erschienen war. Glaubte man nach den neuen sozialen Bewegungen von Friedens-, Anti-Atom-, Öko- und Frauenbewegung mehrheitlich noch, dass durch den vernünftigen Gebrauch von Technik Lösungen erzielt werden könnten, so wurde nunmehr dieser Glaube selbst brüchig.

Den gesellschaftlichen Lernprozess hinter diesen Erfahrungen bildete die Dekade der Vereinten Nationen zur Reduktion von Naturkatastrophen sinnfällig ab. Das Abschlussprotokoll bringt Armut und Katastrophenanfälligkeit ebenso in einen engen Zusammenhang wie Verteilungsgerechtigkeit und Prävention, Menschenrechte und wirtschaftliche Entwicklung. Dies liegt vollkommen auf der Linie der deutschen Katastrophen-Soziologie, die „Katastrophe“ gerade nicht als plötzlich und unerwartet über den Menschen hereinbrechende Heimsuchung sieht, sondern als systemimmanenten Entkoppelungsprozess, in dem der Mensch die Kontrolle über seine Verhältnisse verliert.

Dieser Ansatz deckt sich vollkommen mit den Ergebnissen der Unfall- und Sicherheitsforschung, die Technik als Instrument versteht, mit dem der Mensch seine Reproduktion bewerkstelligt, und das dafür mehr oder weniger geeignet sein kann, das aber zugleich auch dafür geeignet sein muss, geeignet bedient werden zu können. Jedes Werkzeug bearbeitet nicht nur sein Material, sondern auch den, der es bedient. In diesem Sinne wären zwei „Katastrophen“ möglich: das Scheitern der Bearbeitung und das Scheitern der Bearbeitbarkeit. Eine solche dynamische, interaktive Sichtweise hat sich noch immer nicht durchgesetzt. Zwar führten vor allem

die gehäuften Jahrhundertfluten an Rhein, Oder und Elbe dazu, sich vom Blick auf singuläre Ereignisse zu lösen und ganze Flussläufe und deren Dynamik zu betrachten, doch zeigt sich, dass noch immer singuläre Interessenlagen vorherrschen. Einwohnerzahl und Gewerbeansiedelung, Steueraufkommen und Finanzausgleich, Schifffahrt und Transport, Oberlieger gegen Unterlieger.

Systemische Katastrophenforschung und Schutzziele

Aus Sicht einer systemischen Katastrophenforschung, die darauf abzielt, Katastrophen zu vermeiden, lassen sich Schutzziele vor allem dann am leichtesten ableiten, wenn man sie von einem übergeordneten Gesamtziel deduzieren kann. Dann wäre ein Fluss nur im Kontext seines Einzugsgebietes zu verstehen, dürften die Oberlieger nur, was den Unterliegern nicht schadet, erforderte jeder Verzicht auf eine Risikoerhöhung eine angemessene Ausgleichsleistung. Fortgedacht auf Gesellschaft bedeutete dies, dass es eines Nationalen Sicherheitsplans bedarf, der auf der Basis empirisch exakter Gefahrenermittlung Deutschland in Gefährdungsklassen einteilt und darauf basierend geeignete Steuerungs- und Ausgleichsleistungen definiert.

Katastrophen

In der Autohaftpflicht ist dieses Verfahren Konsens, warum nicht auch in anderen Bereichen? Warum soll nicht, wer nahe an einem Schadstoffemittenten wohnt, definierte „Transfers“ erhalten - sei es als Rabatt bei der Gesundheitsversicherung oder als geringere Steuerklasse oder als Gefahrenzulage? Und was ist falsch daran, die Verteilung gesellschaftlich finanzierter Schutzressourcen an Risikalität zu koppeln? Wo sich Gefährdungen häufen, muss auch der Schutz besser sein.

Aus rationaler Sicht ist unser bestehender Katastrophenschutz längst überholt. Zu den klassischen mechanischen und thermischen Problemlagen des 18. und 19. Jahrhunderts sind Gefahren getreten, die der modernen Physik, Chemie, Genetik und Informatik entstammen. Moderne Gesellschaften sind „Netzwerkgesellschaften“, die über lange Distanzen innerhalb kürzester Zeiten durch Metadaten, also Informationen über Informationen, gesteuert werden. Unsere gesamte Energiewirtschaft ist ein riesenhaftes Netzwerk aus Steuerungsimpulsen, die sich aus den Flüssen des zu Steuernden selbst ergeben, die aber zugleich von sekundären, tertiären, quartären Impulsen moduliert werden (z. B. Börse, Medien, Wetter). Für derartige gekoppelte Prozesse sind die vorhandenen Strukturen unseres Katastrophenschutzes nicht erfunden, nicht ausgebildet und nicht ausgerüstet. Warum aber passen wir sie nicht an? Warum geht am bestehenden Katastrophenschutz der internationale Kenntnisstand der Katastrophenforschung massiv, teilweise völlig (z. B. über Verhaltensaspekte) vorbei?

Eine Antwort liegt in der Tatsache begründet, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Weltregionen katastrophenfern ist. Derart selten eintretende und dann relativ glimpflich abgehende Ereignisse erzeugen keinen gesellschaftlichen Problemdruck, auf den hin massiv gehandelt werden müsste. Den Sachwaltern des bestehenden Katastrophenschutzes

erscheinen dann eher Reformforderungen als Risiko, nicht die reale Welt.

Wie weit die Kluft dennoch ist, zeigen andere Ereignisse. Die Fussball-Weltmeisterschaft 2006 wies alle Bestandteile auf, die ein modernes Gefahrenmanagement braucht: Von der integrierten Informationsverarbeitung (Ticketing bis physische Zugangskontrolle), über das Massenmanagement (von Parking bis Hotelbuchung) bis hin zur inter- und transorganisatorischen Kooperation (Dienste, Polizei, Bund, Länder und Fachressorts) wurde auf der Grundlage eines nationalen Sicherheitsplans eine integrale Gefahrenanalyse und ein präventives Gefahrenmanagement durchgeführt. Warum, so wäre öffentlich nachzufragen, ist dies nicht ein Modell für einen zukunftsfähigen Katastrophenschutz?

Von der Praxis aus wird immer schärfer sichtbar, welche zukünftigen Probleme sich stellen, von den Testlösungen aus wird sichtbar, dass auch ganz andere Gesamtlösungen institutionalisierbar wären – wenn ja, wenn diese nicht durch eingelebte Partialinteressen und überlebte Vorstellungen hintertrieben würden.

Herausforderungen und Lösungsansätze aus Sicht der Wissenschaft

Was muss aus wissenschaftlicher Sicht angemahnt werden? Historisch zeigt sich unabweisbar, dass Gesellschaften in politische Krisen geraten, wenn sie es nicht mehr vermögen, den realen Problemen wirksam zu entgegnen. Tatsächlich zeigt jedes Katastrophenereignis nachdrücklicher, dass die Problemlösungen unterkomplex sind und nur durch massiven Einsatz von Mensch und Material halbwegs überbrückt werden können. Real aber werden Armut, Mangel, Ungleichheit und Entwicklungsrückschläge größer und, proportional betrachtet, unsere Lösungskapazitäten kleiner. Wie „lösen“ wir die Klimakatastrophe? Gibt es dafür technische Lösungen oder aus-



Foto: MEV

forschung

schließlich sozio-ökonomische oder verhaltenspsychologische? Doch auch die Frage, was überhaupt als „Katastrophe“ wahrgenommen und zum Denken zugelassen wird, gerät immer stärker zu einer medialen Inszenierung. „Katastrophe“ wird nur, was in die Medien kommt. Zu Recht kritisierte der Bundespräsident diese mediale Fehlwahrnehmung am Beispiel des Tsunami in Südostasien und den vielen (unbemerkten) Katastrophen in Afrika. Die Fehlwahrnehmung steigert sich nochmals, wenn Fragen von Verursachung, „Schuld“ und Reaktionen diskutiert werden. Hier bedürfte die Katastrophenforschung zusätzlicher Verstärkung durch die Vorurteilsforschung.

Weitere Probleme stellen sich, wenn man den Denkansatz der Vereinten Nationen aufnimmt und Katastrophen in den Kontext der gesellschaftlichen Verteilungsmuster stellt, in denen sie entstehen. Vorbeugung heißt dann immer zugleich Gesellschaftssteuerung im Sinne von Wirtschaftspolitik, Bildung und Zugang zu Ressourcen - auch von Schutz- und Hilferessourcen. Dann aber verfließen Entwicklungspolitik und Katastrophenhilfe, kurz-, mittel- und langfristige Zusammenarbeit, Weltmarkt und Terms of Trade. Wer an diesen Stellenschrauben zu drehen beginnt, merkt zudem, dass globale Beziehungen ohne Frieden, Stabilität, Rechtsförmigkeit und Freizügigkeit unmöglich sind. Von da an würde Katastrophenforschung Stabilitätsforschung, weil es gilt, verlässliche Kooperationen auf der Grundlage gering verletzlicher Strukturen zu etablieren und zu sichern. Hier schließt sich der Kreis, weil peace-keeping, peace-enforcing und Eco-Development als geplante Sicherung der natürlichen Ressourcen nicht mehr zu trennen sind.

Forschung, Studium und Transfer

Schaut man von dieser Ansatzhöhe auf Katastrophenforschung, so bedarf es auch im Wissenschaftsbe-

reich einer Integration hin auf komplexe Problemlösungskapazität. Was aber bedeutet dies anwendungspraktisch? Die Erweiterung der Fachausbildungen der Organisationen um ein akademisches Aufbaustudium? Vielleicht ist Entwicklung nicht anders zu haben, als über langsame evolutionäre Schritte. An den Universitäten Magdeburg-Stendal und Hamburg Harburg haben sich Studiengänge etabliert, die Katastrophenmanagement eher aus einer feuerwehrtechnischen Perspektive betrachten; in Köln herrscht eine eher rettungsdienstliche Perspektive vor, in Göttingen, an der FH im DRK eher eine sozialpsychologische und an den Universitäten Wuppertal und Karlsruhe eher eine ingenieurwissenschaftliche. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) kooperiert mit der Universität Bonn, an der anfangs, wie am GFZ Potsdam, eher eine geowissenschaftliche Orientierung vorherrschte. Jenseits dieser disziplinären Orientierungen ist es jedoch viel interessanter, wie lange es noch dauert, bis ein integriertes, interdisziplinäres Katastrophenforschungszentrum und ein insgesamt einheitlich gegliedertes Ausbildungssystem mit einer gemeinsamen Grundausbildung entsteht.

Dahinter steht die Frage, welchen Katastrophenschutz Deutschland, Europa und die Welt zukünftig brauchen werden. Wer über Defizite nachdenkt, wird diesen Mangel sofort erkennen: Aus einer auf Nationaler verkürzten Perspektive kann der reale Veränderungsbedarf nur sehr schwer erkannt werden, weil alle „stakeholder“ gemeinsam am liebsten das Lied vom besten System aller Zeiten intonieren. Wer seine Bedarfe selbst feststellen darf, sorgt sich eher um Argumente seiner Steigerung, statt um die Entwicklung von Lösungen, die das Gewohnte verändern würden. Dabei zeigen alle empirischen Untersuchungen, dass es dringend neuer Lösungen bedarf: Von demographischen Veränderungen über den Anpassungsdruck seitens der Arbeitswelt bis hin

zu grundlegenden Veränderungen der Bedrohungen und der gesellschaftlich bedingten Verwundbarkeit (z. B. Energieversorgung) spannt sich ein Bogen, der eines grundsätzlich neuen Katastrophenschutzes bedarf. Nicht nur die WM, sondern auch neue Epidemien (SARS, Vogelgrippe), gänzlich neue Schadenstypen (Nervenschäden durch Chemierückstände) und „Durchschleifeffekte“ (Dominoeffekte, Kaskaden, Synergien) belegen, dass moderne Gesellschaften ein Vermeidungs- und Kontrollmanagement brauchen, wie es in anderen Bereichen des Risikomanagements längst gang und gäbe ist. Moderne Unternehmen wenden „Life Cycle Management“ an, um den gesamten Prozess vom Rohstoff bis zur Entsorgung ebenso rational kalkulieren zu können wie ihre finanziellen Risiken (Basel I+II, Insolvenzrecht). Nur auf gesellschaftlicher Ebene wird all dies nicht angewandt, sondern gewartet, bis das Kind im Brunnen liegt.

Wo bleibt der „Thinktank“?

Gleichwohl sind die meisten Instrumente verfügbar. Sie stecken in der Raum- und Entwicklungsplanung, der Bauleitplanung, in Genehmigungsverfahren, dem Baurecht, dem Immissionsschutz, dem Strahlenvorsorgegesetz und vielen anderen einschlägigen Gesetzen, die Schutzgesetze sind und vorbeugenden Charakter haben. Sie alle müssten systematisch zusammengefasst, vereinheitlicht und vereinfacht werden. Daraus erwüchse ein vorbeugendes Katastrophenmanagementsystem, das zukunftsweisend wäre und mit dem sich gesellschaftliche Entwicklung sozialverträglich steuern ließe. Die wissenschaftlichen Instrumente dafür liegen ebenfalls vor, doch sind sie ebenso verstreut, wie die einschlägigen Gesetze. Wann also kommen der nationale Sicherheitsplan, der nationale Bedarfsplan und ein funktionierender interdisziplinärer „Thinktank“, der solche Pläne fundiert und jenseits partieller Interessen entwickeln kann? •